

FÜR EINEN NACHHALTIGEN WANDEL

Für mehr Tierschutz

dokumente
DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION



GRUNDGESETZ ART 20A

DER STAAT SCHÜTZT AUCH IN VERANTWORTUNG FÜR KÜNFTIGE GENERATIONEN DIE NATÜRLICHEN LEBENSGRUNDLAGEN UND DIE TIERE IM RAHMEN DER VERFASSUNGSMÄSSIGEN ORDNUNG DURCH DIE GESETZGEBUNG UND NACH MASSGABE VON GESETZ UND RECHT DURCH DIE VOLLZIEHENDE GEWALT UND RECHTSPRECHUNG.

VORWORT



Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Tierfreundinnen und Tierfreunde,

Tiere und ihr Schutz bewegen die Bürgerinnen und Bürger. Rund 30 Millionen Tiere leben mit uns in unseren Haushalten und knapp 200 Millionen Tiere werden in Deutschland in der Landwirtschaft gehalten. Und dabei sind die Fische noch nicht mitgezählt. Viele ehrenamtliche Helferinnen und Helfer engagieren sich, wenn Tiere in Not geraten und empören sich über Missstände beim Tierschutz. Es war feste Absicht der SPD-Bundestagsfraktion, wie im Koalitionsvertrag zwischen SPD, CDU und CSU vereinbart, offensichtliche Regelungslücken zum Schutz der Tiere in dieser Legislaturperiode zu schließen. Denn nicht allen Tieren geht es gut.

So war zum Beispiel geplant, die Sachkunde sowohl von Heimtierbesitzern, als auch von Landwirten zu fördern. Denn zu oft mangelt es den Menschen am Verständnis für die Bedürfnisse von Tieren. Auch wurde vereinbart, ein bundeseinheitliches Prüf- und Zulassungsverfahren für Tierhaltungssysteme zu erarbeiten. Eine tiergerechte Haltung geht nur, wenn die Haltungssysteme den Tieren angepasst werden und nicht – wie heute immer noch üblich – die Tiere den Haltungsbedingungen angepasst werden, etwa durch Schnabelkürzen oder Schwänze kupieren. Auch die flächengebundene Tierhaltung hätte den Tierschutz ein gutes Stück vorangebracht.

Wir mussten in den letzten vier Jahren allerdings erleben, dass unser Koalitionspartner lieber in Gesprächskreisen, Grünbuchprozessen und in Ankündigungen wirkt, als in tatsächlicher, harter Gesetzesarbeit. Der von Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt (CSU) propagierte Ansatz der „freiwilligen Verbindlichkeit“ ist nicht ausreichend, um den Herausforderungen, vor denen wir beim Tierschutz stehen, zu begegnen.

Mit dieser Broschüre wollen wir die Positionen der SPD-Bundestagsfraktion zum Tierschutz zusammenfassen. Nach einem kurzen Abriss zentraler Themenbereiche stellen wir unser Positionspapier zum Tierschutz vor. Tierschutzpolitik braucht einen langen Atem und wir brauchen Unterstützung.

Herzlichst

Ute Vogt
STELLVERTRETENDE FRAKTIONS-VORSITZENDE

Christina Jantz-Herrmann
TIERSCHUTZBEAUFTRAGTE DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

HEIMTIERE

Heimtiere – also zu Hause gehaltene Tiere – gehören für viele Menschen zum Leben dazu. Hund, Katze oder Kaninchen leisten ihren Besitzern Gesellschaft und bereiten ihnen Freude. Die Beliebtheit von Heimtieren bedeutet aber nicht, dass diese auch automatisch artgerecht gehalten werden. „Wer ein Tier hält, betreut oder zu betreuen hat, muss das Tier seiner Art und seinen Bedürfnissen entsprechend angemessen ernähren, pflegen und verhaltensgerecht unterbringen, darf die Möglichkeit des Tieres zu artgemäßer Bewegung nicht so einschränken, dass ihm Schmerzen oder vermeidbare Leiden oder Schäden zugefügt werden“, dieser Grundsatz des Tierschutzgesetzes gilt auch für Heimtiere.



Auch Vierbeiner, wie dieser Golden Retriever, müssen artgerecht leben können. Sie brauchen Platz, gutes Futter, Bewegung und intelligente Beschäftigung. Darüber sollen sich künftige Halterinnen und Halter informieren, bevor sie sich ein Tier anschaffen.

Leider sieht die Praxis nicht immer so aus. Immer noch fehlt es Heimtieren zu häufig an ausreichend Platz, sie können ihren Bewegungsdrang nicht ausleben oder es fehlt ihnen an Beschäftigung. Manche Tiere wie Kaninchen oder Meerschweinchen werden alleine gehalten, obwohl sie nur in Gruppen ein gutes Leben führen können. Diese Beispiele zeigen, dass Heimtierhalterinnen und Heimtierhalter nicht immer genügend Fachkenntnisse haben. Die SPD-Bundestagsfraktion will ihnen dabei helfen, schon vor der Entscheidung für ein Tier sich das nötige Wissen anzueignen. Denn sonst können für die angehenden Besitzerinnen und Besitzer unabsehbare Konsequenzen entstehen, wie teure Tierarztrechnungen oder Einschränkungen beim Urlaub. Diese Geschichten hören wir oft aus den Tierheimen, die finanziell am Rand ihrer Möglichkeiten stehen. Die Tierheime stehen auch unter Druck, weil sie Tiere aus illegalen Welpentransporten aufnehmen. Diese sind oftmals besonders krank und schwach. Deshalb sollte niemand das System des illegalen Welpenhandels durch einen Kauf unterstützen.

Ebenso kann Fachkenntnis dazu führen, dass sich Menschen gegen die Anschaffung eines Tieres entscheiden, das aus einer Qualzucht stammt. Qualzucht bedeutet, dass Tieren Merkmale angezucht werden, die bei diesen zu Leiden führen. Beispiele für dieses Phänomen sind im Heimtierbereich Hunde, die ein Leben lang schwer atmen können, weil ihnen die Nase aufgrund eines Trends immer flacher gezüchtet wird oder Kaninchen mit überlangen Ohren. Diese Problematik müssen wir gesetzlich klarer regeln, ebenso wie ein bundeseinheitliches Zulassungsverfahren von Haltungssystemen und Zubehör für Heimtiere.

Es gibt also genügend Gründe, das Tierschutzgesetz zu modernisieren und an die neuesten Erkenntnisse der Wissenschaft anzupassen!

WILDTIERE

Wildtiere – also Tiere, die nicht vom Menschen domestiziert wurden – finden sich nicht nur in der freien Wildbahn. Sie werden auch von Menschen gehalten – in Zoos, im Zirkus und zunehmend von Privatleuten als Hobby. Geht es um den Erhalt einer Gattung in der freien Wildbahn, so ist dies Artenschutz, ein Teil des Naturschutzes. Dann, wenn Wildtiere von Menschen gehalten werden, ist dies eine Frage des Tierschutzes, schließlich geht es um die Lebensumstände des einzelnen Tieres.

Wildtiere strahlen auf viele Menschen eine ganz besondere Faszination aus. Doch die Gefangennahme von Wildtieren aus der Natur zum Zwecke der Haltung kann eine ernste Bedrohung für die Artenvielfalt darstellen. Auch kann eine artgerechte Haltung von Wildtieren sehr anspruchsvoll sein. Nicht immer wissen die Halter, wie mit diesen Tieren umzugehen ist. So sind hier ähnliche Probleme wie bei Haustieren festzustellen: z. B. hohe Ansprüche an Platz, Bewegungsmöglichkeiten, Leben in der Gruppe, klimatische Bedingungen (Temperatur und Luftfeuchtigkeit) oder das Futter. Oftmals mangelt es hierzu bei den Haltern an der nötigen Sachkunde – insbesondere bei Spontankäufen, auf gewerblichen Wildtierbörsen mit unhaltbaren Zuständen oder per Internethandel. Auch nicht unterschätzt werden darf die Gefahr, die durch manche Wildtierarten in menschlicher Obhut ausgeht – sei es durch Gift bei Schlangen oder auch durch das zusätzliche Zoonoserisiko, z. B. durch Tollwut. Am Ende bleiben bei gescheiterten privaten Haltungen, wie im Haustierbereich, private Auffangstationen.



Zum Beispiel Schildkröten müssen in der richtigen Umgebung gehalten werden. Das bedeutet viel Aufwand – oft auch finanziell. Halter sollen deshalb künftig über die notwendige Sachkunde verfügen.

Auch in Zoos ist die artgerechte Haltung von Wildtieren eine Herausforderung. Deshalb müssen zoologische Gärten stets bereit sein, ihre Haltungsbedingungen den neusten wissenschaftlichen Erkenntnissen anzupassen und dafür auch entsprechend in die Anlagen zu investieren. Während Zoos durch Zucht bedrohte Arten stabilisieren und so einen positiven Beitrag zur Artenvielfalt leisten können, müssen sie auch erkennen, dass eine artgerechte Haltung von manchen Tierarten im Zoo schlichtweg nicht möglich ist.

Ganz ohne Zweifel problematisch ist hingegen die Haltung von Wildtieren im Zirkus. Denn dort müssen sie einen großen Teil ihrer Zeit in Käfigen und Transportwagen verbringen und eine Unterbringung in ausreichend großen, artgerecht ausgestalteten Gehegen ist kaum machbar.

LANDWIRTSCHAFTLICHE NUTZTIERHALTUNG

Die Haltung von Tieren in der Landwirtschaft steht unter besonderer gesellschaftlicher Beobachtung. Die Akzeptanz für die Unterstützung der Landwirtschaft durch den Staat ist für große Teile der Bevölkerung von der Art und Weise der Tierhaltung abhängig. Zu Tieren haben wir Menschen einen besonderen Bezug und nach Ansicht von vielen Menschen stehen in der Landwirtschaft nicht mehr die Tiere und ihre Bedürfnisse im Mittelpunkt, sondern Effizienz und Wirtschaftlichkeit. Die landwirtschaftlichen Betriebe haben sich in den letzten Jahren – auch getrieben von der Wissenschaft, der nachgelagerten Wirtschaft und der landwirtschaftlichen Beratung – zunehmend spezialisiert und intensiviert. Die Folgen für Landwirte, Tiere und Umwelt sind nicht mehr zu übersehen.

Wir haben uns als Verbraucherinnen und Verbraucher an billiges Fleisch und billige Fleischwaren gewöhnt. Für diesen Preis können Tiere jedoch nicht angemessen gehalten werden. Die gesamte Wertschöpfungskette vom Handel über die Fleischverarbeitung und Schlachthöfe bis zu den Landwirten muss deshalb neu ausgerichtet werden. Die Landwirte weisen zu Recht darauf hin, dass sie mit den ausgezahlten Preisen für ihre Tiere nicht überleben können. Wir müssen sie bei diesem Veränderungsprozess mitnehmen. Die niedrigen Preise können auf Dauer nicht durch immer größere Tierhaltungen oder den Einsatz von immer mehr Technik aufgefangen werden. Immer mehr Menschen lehnen die intensive industrielle Landwirtschaft ab.

Als Konsequenz brauchen wir eine nationale Nutztierstrategie und nicht zuletzt eine europäisch abgestimmte nachhaltige Nutztierstrategie. Ein erster Diskussionsvorschlag des Landwirtschaftsministers Schmidt bleibt sehr vage und sagt nichts über Zeiträume oder die Finanzierung eines Umbaus der Tierhaltung aus. Auf europäischer Ebene fehlen einheitliche Standards zur Tierhaltung. Diese sind unerlässlich, wenn wir Tierschutz ernst nehmen und vermeiden wollen, dass es zu Wettbewerbsverzerrungen kommt. Für die Erarbeitung einer nationalen Nutztierstrategie können wir auf den verschiedenen Tierschutzaktionsplänen in den Bundesländern und auf Vorarbeiten aus der Forschung, Wissenschaft und dem Deutschen Tierschutzbund mit seinem Tierschutzlabel aufbauen. Auch das umfassende Gutachten des Wissenschaftlichen Beirates beim Bundeslandwirtschaftsministerium „Wege zu einer gesellschaftlich akzeptierten Nutztierhaltung“ aus dem Jahr 2015 zeigt die Möglichkeiten einer nachhaltigen Veränderung in der Tierhaltung. Diese breit angelegte Analyse des Systems Tierhaltung und die vorgeschlagenen Maßnahmen zeigen, dass alle in der Wertschöpfungskette beteiligten Akteure einbezogen werden müssen.

Ein Umbau der landwirtschaftlichen Tierhaltung gemeinsam mit den Landwirten wird nicht von heute auf morgen möglich sein. Aber beginnen müssen wir jetzt!

Auch bei Nutztieren, wie Rindern, kommt es darauf an, dass das Tierwohl bei der Haltung an erster Stelle steht.



TIERVERSUCHE

Kaum ein Thema im Bereich des Tierschutzes polarisiert so, wie die Frage nach dem angemessenen Umgang mit Tierversuchen. Während die eine Seite auf die wissenschaftliche Notwendigkeit von Tierversuchen pocht, verweist die andere Seite darauf, dass Ergebnisse aus Tierversuchen nicht zwangsläufig auf den Menschen übertragbar seien und lehnt die Versuche auch aus ethischen Gründen ab.



Bei Tierversuchen unterstützt die SPD-Bundestagsfraktion das sogenannte 3-R-Konzept (Replacement, Reduction, Refinement; zu Deutsch: Vermeiden, Verringern, Verbessern).

Wir wollen Tierversuche soweit wie möglich abschaffen. Allerdings sind sie beispielsweise in der Krebsforschung für die Erforschung neuer Behandlungsmethoden weiterhin nicht zu ersetzen. Die Anzahl der Tierversuche in Deutschland muss jedoch reduziert werden und zwar immer da, wo es wissenschaftlich geprüfte Alternativmethoden gibt, um wissenschaftliche Fragen zu klären oder die Gefährlichkeit von Stoffen für den Menschen zu bewerten. Versuche an Menschenaffen will die SPD-Bundestagsfraktion grundsätzlich verbieten.

Wir wollen Tierversuche, wo immer es geht, vermeiden. Dort wo sie noch unabdingbar sind, sollen sie verbessert werden. Nach wie vor gibt es großen Handlungs- und Forschungsbedarf für die Entwicklung von Alternativmethoden. Dieser Forschungsbedarf wird auch künftig durch adäquate Förderung garantiert werden müssen. Dafür setzt sich die SPD-Bundestagsfraktion ein.

BILANZ

In der Regierungskoalition war die SPD-Bundestagsfraktion die treibende Kraft für mehr Tierschutz, oftmals leider gegen den Widerstand der CDU/CSU-Fraktion. Trotzdem konnten wir einigen Fortschritt erreichen. Hier einige Beispiele:

<p>Heimtiere:</p>	<p>Einberufung des „Runden Tisches zur Lage der Tierheime“. Auf unseren Druck hin fand im Bundeslandwirtschaftsministerium ein „Runder Tisch“ statt, um mit allen Akteuren und über alle Ebenen hinweg nach einer Lösung für die kritische Situation der Tierheime zu suchen.</p>
<p>Wildtiere:</p>	<p>In einem Antrag hat die Koalition die Bundesregierung aufgefordert, ein bundeseinheitliches Konzept für einen Sachkundenachweis zur artgerechten Wildtierhaltung zu entwerfen, strengere Regeln für Tierbörsen zu erlassen und ein Verkaufsverbot für Wildtiere auf gewerblichen Börsen zu prüfen. Weiterhin soll die Bundesregierung ermitteln, wie sich der Internethandel mit Wildtieren reglementieren lässt.</p> <p>(Antrag der Fraktionen von CDU/CSU und SPD: Wildtierschutz weiter verbessern – Illegalen Wildtierhandel bekämpfen, Drucksache 18/8707, 07.06.2016 http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/087/1808707.pdf)</p>
<p>Nutztiere (hier Pelztiere):</p>	<p>Pelztierfarmen müssen künftig hohe gesetzlich definierte Tierschutzmaßnahmen einhalten. Die Pelztierfarmen werden somit finanziell unattraktiv und hoffentlich bald der Geschichte angehören.</p> <p>(Gesetzesinitiative der Fraktionen von CDU/CSU und SPD: „Gesetz zur Änderung futtermittelrechtlicher und tierschutzrechtlicher Vorschriften“, Drucksache 18/12085, 25.04.2017 http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/120/1812085.pdf).</p>
<p>Nutztiere:</p>	<p>Verbot der Schlachtung trächtiger Säugetiere wie Rinder und Schweine. Zuvor durfte eine hochträchtige Kuh in Deutschland geschlachtet werden. Das ungeborene Kälbchen, das bereits Schmerz empfinden kann, stirbt dabei qualvoll im Bauch des Muttertiers aufgrund des Sauerstoffmangels. Damit ist jetzt Schluss.</p> <p>(Gesetzesinitiative siehe Nutztiere (hier Pelztiere))</p>
<p>Tierversuche:</p>	<p>Eröffnung des „Deutschen Zentrums zum Schutz von Versuchstieren“ Bundesinstitut für Risikobewertung (Bf3R), September 2015.</p> <p>Dieses ist als Ergänzung zur „Zentralstelle zur Erfassung und Bewertung von Ersatz- und Ergänzungsmethoden zum Tierversuch“ (ZEBET) gedacht und ebenfalls an das BfR angekoppelt (http://www.bfr.bund.de/de/deutsches_zentrum_zum_schutz_von_versuchstieren.html).</p>

POSITIONSPAPIER DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION VOM 17. JUNI 2015

„FÜR EINEN NACHHALTIGEN WANDEL - FÜR MEHR TIERSCHUTZ“ (GEKÜRZTE VERSION)

- Die SPD-Bundestagsfraktion will sicherstellen, dass alle Nutztiere tiergerecht gehalten werden. Daher werden wir ein Prüf- und Zulassungsverfahren für serienmäßig hergestellte Stallhaltungssysteme einführen. Wir werden mit den Legehennen starten, aber auch andere Tierarten müssen zeitnah folgen, einschließlich der Heimtiere.
- Alle Tiere sollen zukünftig Zugang zu unterschiedlichen Klimazonen erhalten und die verschiedenen Stallbereiche müssen mit unterschiedlichen Bodenbelägen eingerichtet werden. Es muss Angebote für artgerechte Beschäftigungen in den Ställen geben und die Tiere müssen genügend Platz haben.
- Die SPD-Bundestagsfraktion will einen Sachkundenachweis für Personen und Betriebe einführen, die landwirtschaftliche Nutztiere halten. Unser Ziel ist es, die Sachkunde in der Landwirtschaft weiter zu verbessern. Ebenso fordern wir einen Sachkundenachweis zum Halten von Exoten. Gute Ausbildung und Sachkunde kommen unmittelbar den Tieren und somit dem Tierschutz zu Gute.
- Wir wollen die nicht-kurativen Eingriffe an Tieren abschaffen (kurativ bedeutet: eine auf die Heilung von Krankheiten ausgerichtete Behandlung). Ziel ist es, dass keinem Tier Körperteile kupiert oder verstümmelt werden dürfen. Denn die Haltungseinrichtungen und das Management müssen sich den Bedürfnissen der Tiere anpassen – nicht umgekehrt. In vielen Fällen gibt es inzwischen erprobte Alternativen, die jetzt schnell umgesetzt werden müssen.
- Die SPD-Bundestagsfraktion will eine flächengebundene Tierhaltung. Vor dem Hintergrund der steigenden Umweltbelastung in den viehdichten Regionen und der insgesamt zweifelhaften Umsetzung einer artgerechten Tierhaltung haben Tierhaltungsanlagen in einer Dimension von teilweise mehreren 10.000 Plätzen keine gesellschaftliche Legitimation. Sie sind weder unter epidemiologischen Gesichtspunkten wünschenswert, noch ist die Problematik der Gülleverwertung gelöst. Hier wollen wir Grenzen setzen.
- Der Arzneimitteleinsatz in der Tierhaltung muss aufgrund der Antibiotika-Resistenzproblematik weiter verringert werden. Das Arzneimittelgesetz muss jetzt konsequent umgesetzt und weiterentwickelt werden.
- Die SPD-Bundestagsfraktion will die Ausrichtung der Tierzucht verändern. Es darf nicht mehr die wirtschaftliche Optimierung der landwirtschaftlichen Nutztierassen im Vordergrund stehen. Den Tieren muss ihre natürliche robuste Natur zurückgegeben werden. Heutige Nutztierassen sind teilweise nicht mehr für ihre ursprüngliche Haltungsform im Freien geeignet, wie zum Beispiel Geflügel. Eine Zuchtausrichtung auf ein einseitiges Nutzungsziel, wie maximale Fleisch-, Milch- oder Eierproduktion, ist nicht akzeptabel.
- Keine Qualzuchten – weder bei Nutztieren noch bei Heimtieren. Mit äußerlichen Veränderungen einer Rasse gehen zumeist Verhaltensänderungen aber auch organische Veränderungen einher, die den Tieren ein Leben lang Schmerzen und Leiden verursachen. Das ist mit dem Grundsatz, der in § 1 des Tierschutzgesetzes verankert ist, nicht vereinbar.
- Die Bedingungen bei Transporten bis hin zur Schlachtung müssen grundsätzlich verbessert werden und den Ansprüchen der Tiergerechtigkeit genügen. Die maximale Dauer der Tiertransporte im Inland, mit Ausnahme von Fischtransporten, ist auf vier Stunden zu begrenzen. Die SPD-Bundestagsfraktion will eine weitergehende Reform der EU-Tiertransport-Verordnung. Diese soll grundlegende Änderungen der Transportzeiten, der Ladedichte, der Temperaturregelungen und der Kontrollwege beinhalten.

- Verbraucher wollen wissen, was sie kaufen. Sie wollen wissen, wie das Fleisch, das sie essen, produziert wurde. Wir wollen ein verbindliches Tierschutzlabel. Die Kennzeichnung von Lebensmitteln aus tiergerechter Haltung sowie bei Bekleidung für „nicht-textile Teile tierischen Ursprungs“ (z. B. Pelz, Leder, Daunen) müssen einheitlich, transparent, einfach und verbraucherfreundlich sein. Nur so können Verbraucher ihr Bedürfnis nach mehr Tierschutz auch im Kaufverhalten umsetzen. Dies muss auf Bundesebene mit einer Informationskampagne für Verbraucher unterlegt werden.
- Die SPD-Bundestagsfraktion will mit einem Verbandsklagerecht auf Bundesebene den Tierschutzorganisationen die rechtliche Handhabe geben, wirkungsvoller gegen Tierschutzverstöße vorgehen zu können.
- Wir wollen die Tierheime unterstützen und klare, bundesweit einheitliche Regelungen für die Erstattung der Kosten für Fundtiere schaffen.
- Die SPD-Bundestagsfraktion ist für die Einführung einer Positivliste für Tiere, die in Deutschland legal gehalten werden dürfen (Heim- und Wildtiere). Solche Listen gibt es bereits in mehreren EU-Staaten, z. B. in Belgien und in den Niederlanden.
- Der internationale Wildtierhandel muss stärker an nachhaltigem Artenschutz sowie am Tierschutz ausgerichtet werden. Unter anderem wollen wir verschärfte Prüfvorschriften für Importe in die EU und nach Deutschland, den Verkauf von Wildtieren auf gewerblichen Börsen verbieten, den Internethandel reglementieren und allgemein die Haltungsbedingungen für Wildtiere verbessern.
- Die besonders hohen Ansprüche an die Haltung von Wildtieren gelten nicht nur in Privathand, sondern auch für Zirkustiere. In der Gesellschaft ist die Einsicht gewachsen, dass eine artgerechte Haltung von Wildtieren in Zirkussen nicht möglich ist. Daher will die SPD-Bundestagsfraktion ein Verbot für das Halten bestimmter wild lebender Tiere im Zirkus. Dieses soll für u. a. Affen (nichtmenschliche Primaten), Elefanten, Großbären, Giraffen, Nashörner, Großkatzen und Flusspferde gelten.
- Auch Tierversuche müssen weiter reduziert werden. Und zwar immer dort, wo es wissenschaftlich geprüfte Alternativmethoden gibt, um wissenschaftliche Fragen zu klären oder die Gefährlichkeit von Stoffen für den Menschen zu bewerten. In der Praxis hat sich vor allem das sogenannte 3-R-Konzept (Replacement, Reduction, Refinement; zu Deutsch: Vermeiden, Verringern, Verbessern) etabliert.
- Um in möglichst vielen Bereichen substanzielle Verbesserungen beim Tierschutz zu erreichen, braucht es vor allem eine breit aufgestellte Forschungslandschaft. Die SPD-Bundestagsfraktion spricht sich dafür aus, die Forschungsaktivitäten im Rahmen eines Forschungs- und Innovationsprogramm Tierschutz auszubauen. Darüber hinaus sollen die bundes-, europa- und weltweiten Forschungsbemühungen gebündelt und effizient für unser Land genutzt werden. Wir setzen uns für ein Bundesprogramm Tierschutz ein, das alle Tierschutzaktivitäten auf Bundesebene bündelt, koordiniert und transparent macht.
- Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich dafür ein, dass auf EU-Ebene eine Tierschutzombudsfrau beziehungsweise ein Tierschutzombudsmann eingeführt wird.

Mit unseren Forderungen für mehr Tierschutz werden wir die Tierhaltung für die Zukunft fit machen und dadurch das Verbrauchervertrauen und die gesellschaftliche Akzeptanz nachhaltig verbessern.

IMPRESSUM

HERAUSGEBERIN: Fraktion der SPD im Deutschen Bundestag,
Petra Ernstberger, MdB, Parlamentarische Geschäftsführerin,
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

TELEFON: 030 227-57133

TELEFAX: 030 227-56800

REDAKTION: Christina Jantz-Herrmann, Ute Vogt

GESTALTUNG: Öffentlichkeitsarbeit

FOTOGRAFIE: Knisterwerk (Titel), Susie Knoll (S. 4),
Bilderbox.com (S. 5, 6, 7, 8)

Erschienen im Juli 2017

WWW.SPDFRAKTION.DE